



Sresdner Nachrichten

41. Jahrgang.

Reise-, Sport- und Touristen-Schuhe
in grosser Auswahl empfohlen F. & A. Hammer, Schloss-Str. 21
neben d. K. Schloss.

Dresden, 1896

Wilh. Böhme

Inhaber: Carl Lamprecht

Tuchhandlung, Scheffelstrasse 6.
Grösstes Lager in echt englischen u. deutschen
Paletot-, Anzug- und Hosenstoffen.

Garten-Schlüche
Gummifabrik
Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Weitinerstr. 26
Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen
in schwarz oder rot Gumm,
auch in Hanf und Hanf gummirt.
Wiederverkäufer und Gärtner Rabatt.

Tuchwaaren.
Deutsche und englische Tuche, Bockskins, Kanngarne
und Cheviots in nur soliden und farbfechten Qualitäten zu
billigen Preisen empfehlen
Pörschel & Schneider, Scheffelstr. 19.
— Mustersendungen franco. —

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1-3
(Hofgebäude).

Mr. 200. Spiegel: Österreich-ungarische Ausgleichs-Verhandlungen. Hofnachrichten. Innungsverband. Militärvereinsbund. Duttler's Barista. Gerichtsverhandlungen. Kupferstich-Kabinett.

Für die Bade- und Reisesaison

Die geachteten Besier der „Dresdner Nachrichten“ in Dresden, welche unser Blatt durch die **heutige Geschäftsstelle** besiehen und dasselbe nach den **Sommer-Aufenthaltsorten** nachgesendet zu haben wünschen, wollen der unterzeichneten Geschäftsstelle darüber Mittheilung machen lassen, behufs **Überweisung** bez. Ruffstellung durch die Kaiserliche Post. Dem Überweisungsantrage ist deutliche Namens-, Ort- und Wohnungsaangabe beizufügen, auch ist die erforderliche Überweisungsgebühr (im ersten Monat des Vierteljahrs 60 Pf., im zweiten Monat 40 Pf., und im dritten Monat 20 Pf.) nebst etwa noch zu entrichtender Bezugsgebühr **vor der Abreise** an uns einzuzahlen. Die werthen **auswärtigen Besucher** (Post-Abonnementen) dagegen wollen sich in gleicher Angelegenheit nur an das **Postamt ihres Wohnortes** wenden, bei welchem ihr laufendes Abonnement erfolgt ist. Überweisungen innerhalb des deutschen Reichsgebietes werden seitens der Postämter gegen eine Gebühr von 50 Pf., im Verfahre mit Oesterreich und fremden Ländern gegen eine solche von 1 Mark ausgeführt.

Für die auf Steinen befindlichen Leser unseres Blattes, welche ih
Aufenthalt und somit ihre Adresse häufig wechseln, bringen wir un
Reise-Abonnement in geeignete Erinnerung, durch welches ihr
nach jedem Aufenthaltsort unser Blatt alltäglich von unserer Geschäft
stelle direct durch Kreisband (bis 50 gr Gewicht — ca. 3 Bogen)
in die Wohnung zugeschickt wird. Der Bezugspreis eines Reise-Abon
mentes (einfach, der Versendungsgebühr) beträgt **monatlich** 2 Mark 40 Pf.
Für Sendungen im Deutschen Reich mit Einschluß sämmtlicher **Provinzen**
und **Kurorte Österreichs**; 3 Ml. nach den Ländern im Weltpostver
Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

Politisch

Politisches.

Etwas verwickelt scheint der Haben zu sein, an dem sich die österreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen abspinnen. Seit ungefähr einem Jahre rießen nun bereits die ungarischen Minister herüber und hinüber und noch immer ist eine endgültige Vereinbarung nicht zu Stande gekommen. Kein Wunder also, daß bei der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Angelegenheit die Gemüther der leitenden Wiener Staatsmänner mit Sorgen beschwert sind über die Gestaltung der Zukunft. Im Allgemeinen ist zwar nicht zu verkennen, daß der derzeitige österreichische Ministerpräsident Graf Badeni sich mit Geschick durch die Schwierigkeiten der Situation hindurchgeschlängelt und manche greifbaren Erfolge erzielt hat. Vor allen Dingen kommen die heft umstrittene Reform des Wahlgesetzes und die seit Jahren hingeschleppte endliche Erledigung der Neorganisierung des Steuerwesens seinem staatsmännischen und parlamentarischen Konto zu Gute. Auch der Erlass des neuen Justizgesetzes ist ein Fortschritt, der dem Grafen Badeni unvergessen bleiben wird, ganz abgesehen von mehreren wirtschaftlichen Vorlagen vornehmlich zum Zwecke des Schuhes der minder starken Erwerbsklassen, die sich dem Ganzen des unter dem Grafen Badeni ausgetretenen Gelehrtenwerkes als Träger und Stühlen einfügen. Nun erübrigst aber noch die schwerste Leistung, nämlich die Herstellung des wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn. Auf diesem Gebiet haben sich Schwierigkeiten aufgetürmt, deren Befestigung einstellen auch der Diplomatie des Grafen Badeni noch nicht gesungen ist.

Der wirtschaftliche Ausgleich beruht auf der Neuordnung des gesammten Verhältnisses zwischen den beiden Hälften der österreichisch-ungarischen Monarchie, wie sie im Jahre 1867 vorgenommen worden ist. Ungarn erhielt dadurch nach einem fast 20jährigen drakonischen Wiener Regime, das ihm alle Strafen für die Revolution von 1848 zu kostten gab, seine Selbstständigkeit zurück und trat auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu Österreich in den Rahmen eines besonderen Zoll- und Handelsbündnisses. Dieses Bündnis wurde zunächst auf 10 Jahre geschlossen und ist seitdem zwei Mal erneuert worden, sobald nunmehr die Notwendigkeit der ober-möglichen Erneuerung vor der Thür steht.

Dieses Mal liegt der Stein des Anstoßes in Budapest, wo man anscheinend nicht gewillt ist, den Forderungen der ausgleichenden Gerechtigkeit bei der Bestimmung des prozentualen Anteils Ungarns an den gemeinsamen Lasten Rechnung zu tragen. Nach langer Rühe soll zwar, so wird berichtet, über die bisher ebenfalls

streitigen Fragen, die sich auf die Leitung der gemeinsamen Bank und auf die Theilung der Einkünfte aus den Verzehrungssteuern beziehen, ein Nebeneinkommen erzielt worden sein. Unentschieben ist dagegen noch immer die sogenannte Quotenfrage und darauf kommt gerade Alles an. Bisher steuerte Ungarn zu den gemeinsamen Ausgaben der beiden Reichshälften nur 30 Prozent bei, während der Rest zu Lasten Österreichs fiel. Dieses Quotenverhältnis steht aber heute zu der wirtschaftlichen Bedeutung und Leistungsfähigkeit Ungarns in keiner Proportion mehr und deshalb ist von österreichischer Seite ganz energisch auf eine entsprechende Erhöhung der ungarischen Quote gedrungen worden. In Budapest aber hat man diese Forderung sehr kummrig genommen und man will sich dort zu keiner ernstlichen Nachgiebigkeit in dem bezeichneten Punkte bequemen. Der hartnäckige Widerstand Ungarns gegen die durchaus berechtigte österreichische Forderung nach einer angemessenen Erhöhung der jenseitigen Quote muß um so unbegreiflicher erscheinen, als die Verwaltung des vorigen ungarischen Kabinetts, Herrn Peterle's, die Finanzen Ungarns in dem besten Lichte gezeigt hat. Dazu kommt, daß die gesamte ungarische Presse angesichts der Millenniumsausstellung einmütig gewesen ist in der Hervorhebung des wirtschaftlichen Aufschwunges, den Ungarn genommen habe. Es ist also keineswegs einzusehen, mit welchen Gründen die Budapester Widersacher ihre ablehnende Haltung etwa begründen könnten.

Gleich aber auch, die Budapester Nachthaber hätten ein Einsehen und zeigten der Wiener Regierung gegenüber alles wünschenswerthe Entgegenkommen, so bliebe doch die andere wesentliche Frage offen, wie sich das ungarische Parlament zu der Sachstellen wird. Ueberhaupt liegt in der parlamentarischen Konstellation eine schwere Sorge nicht nur für die ungarische, sondern auch für die österreichische Regierung. In Wien wie in Budapest steht nämlich das nationale Barometer auf Sturm. Graf Badeni weiß, daß er bei der augenblicklichen Stimmung des österreichischen Abgeordnetenhauses nicht mit einem Vortrag kommen darf, der nicht den österreichischen Ansprüchen bezüglich der Quotenfestsetzung voll und ganz gerecht wird. Andererseits befinden sich die ungarischen Volksvertreter infolge ihres durch die Millenniumsausstellung erheblich gesteigerten Selbstbewußtseins in einer Verhassung, in der ihnen jede auch noch so wohl begründete Nachgiebigkeit der Budapester Regierung gegenüber der Wiener Forderung als eine Demütigung Ungarns erscheinen würde. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß man auf beiden Seiten der Regierung Bedenken trugt, den gegenwärtig tagenden Parlamenten einen Kompromißvorschlag in der Quotenfrage zu unterbreiten.

Es bliebe also nur das Mittel der Kammerauslösung, aber auch darin dürfte man sowohl in Wien wie in Budapest ein Haar finden. In Österreich ist zu berücksichtigen, daß die nächsten Wahlen unter dem Zeichen des neuen Wahlgesetzes stattfinden, also eine einigermaßen sichere Vorausschauung nicht zulassen. Soweit aber eine Wahrscheinlichkeit überhaupt geltend gemacht werden kann, läßt sich lediglich eine Verminderung der deutsch-liberalen Mandate und eine Verstärkung der klerikalen, antijudaischen, slavischen und sozialistischen Stellen vorherhingen. Ein solches Resultat würde eine schrake Spalte gegen Ungarn bedeuten und damit die Aussichten für das Zustandekommen des Ausgleichs noch ungünstiger machen, als sie es jetzt bereits sind. In Ungarn ist es die neugegründete katholische Volkspartei, die wegen ihres radikalen Auftretens und wachsenden Anhangs und Einflusses der Regierung ernste Sorgen bereitet. Diese Partei vereinigt so ziemlich Alles in sich, was der gegenwärtigen Budapester Regierung Nache geschworen hat aus irgend einem Grunde. Den Kern der neuen Fraktion aber bilden die katholischen Elemente, die keine Hilfe verschmähen, die ihnen zur Erreichung ihres Zwecks: Revanche für die lichenpolitische Gesehengung der letzten Zeit, dientlich zu sein verspricht. Des Weiteren hat die innere Lage in Österreich und Ungarn das Gemeinsame, daß beiderseits eine „kleine, aber mächtige Partei“ gegen die Verhältnisse der gegenwärtig leitenden Staatsmänner in Wien und Budapest intrigirt, gegen den Grafen Boden, weil man von ihm eine eventuelle realpolitische Ausnützung der antisemitischen Bewegung befürchten zu müssen meint, und gegen den Baron Bánffy, weil dieser einer gewissen ultra-magnatrischen Clique die ungarischen Interessen in der Ausgleichsfrage nicht „energisch“ genug vertrete.

Die Dinge liegen also keinesfalls so, daß man von günstigen Aspekten in der Ausgleichfrage sprechen könnte. Trotzdem muß die Hoffnung auf das endliche Zustandekommen des Ausgleichs in einer die Interessen beider Reichshälften gebührend wahren den Form festgehalten werden, weil die höchsten politischen Rücksichten, die auf der Fortdauer des jewigen Österreichisch-ungarischen Verhältnisses beruhende Machstellung der Monarchie, die Erneuerung des Ausgleichs gebieterisch fordern. Ganz klar liegt der augenblickliche Stand der Sache für den Fernerstehenden noch nicht und völlige Einsicht wird von maßgebender Seite auch wohl nicht eher gewährt werden, als bis die Entscheidung gefallen ist, ob der Ausgleich den gegenwärtig tagenden oder neu zu wählenden parlamentarischen Hauern vorgelegt werden soll. Die Entscheidung kann nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen, da mit Rücksicht auf die Dauer der Mandate beider Häuser spätestens im Februar nächsten Jahres das parlamentarische Schloß des Ausgleichs besiegelt sein müste, wenn es den gegenwärtigen Parlamenten noch vorgelegt würde. Graf Badeni aber wird sicherlich erst von dem Augenblick an wieder zufrieden können, wo dem konschialigen Ei des Ausgleichs ein lebensfähiges Küchlein entschlüpft ist. Inzwischen fahren die ungarischen Minister fort, zwischen Budapest und Wien hin und her zu reisen. Unbegreiflich erscheint es, daß man unter diesen Umständen die Luxuszüge auf jener Strecke einschläft hat.

Bernschreib- und Bernsprech-Berichte vom 20. Juli.

Berlin. Dem Herzog Georg von Meiningen ist zur Heilung seines verletzten Knie's von den Ärzten ein Kurzaufenthalt in Gastein angeordnet worden. — Bei der in Brandenburg stattfindenden Reichstagswahl wird nicht Dr. Arons, sondern Bens für die Sozialdemokratie kandidieren. Dr. Arons hat die ihm angetragene Kandidatur entschieden abgelehnt. Er hat, wie die "Voit" meint, augenscheinlich erkannt, oder ist vielleicht auch wohl darüber verständigt worden, daß seine Kandidatur auch bei der sonst doch duldsamen philosophischen Fakultät der Berliner Universität dem Fach den Boden auschlagen würde. Von einem etwaigen Eingreifen des Kultusministers sei nicht zu reden. Für die Parole "Vorsicht ist der bessere Theil der Tapferkeit!" wird er bei der philosemitischen Presse verständnisinnige Zustimmung finden. — Seit einiger Zeit geben Gerüchte um von besonderen Grundgebungen anlässlich des bevorstehenden 70. Geburtstages des Großherzogs von Baden. Es heißt, der Großherzog werde an diesem Tage zum Könige ausgerufen und Elisabeth Württemberg solle durch Personal-Union mit dem neuen Königreiche Baden verbunden werden. Nach den vom "Berliner Tageblatt" eingezogenen Informationen ist indes an diesen möggebenden Stellen von alledem nichts bekannt. — Ihr. v. Hammerstein wird in der Einzelhaft mit Fabrikarbeiten für die Schneidereiwerft der Strafanstalt beschäftigt. Die Zelle, die sich in keiner Weise von denjenigen anderer Gefangener unterscheidet, ist, bevor sie von dem neuen Bewohner bezogen wurde, renovirt worden. — Auf der Oberwassergerieb gespielt der Dampfer "Dorothea" der Spree- und Havel-

damals als Fabrik-Gesellschaft, als er 200 Personen an Bord hatte in Stand, wodurch unter den Fahrgästen eine Panik entstand, die zu schweren Verbrühungen durch herausstremenden Dampf führte.

Dienstag, 21. 3

**Triumph-Seif
fran
jagt:**